

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

139. Sitzung

Berlin, Freitag, den 12. November 2004

Zusatztagesordnungspunkt 10:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Haltung der Bundesregierung zu Plänen, den 3. Oktober als Nationalfeiertag abzuschaffen**

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dirk Niebel [FDP]: Jetzt hören wir mal etwas zur deutschen Einheit! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Freundschaft! – Dirk Niebel [FDP]: Damals, als Erich sagte ...!)

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich von dieser Absicht hörte, war mein erster Gedanke: Was haben sich die Jungs eigentlich dabei gedacht,

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Richtig!)

ausgerechnet den Tag der Einheit verbannen zu wollen? Dann habe ich einmal genauer nachgeschaut. Sie haben die Antwort gleich mitgeliefert: Die Wirtschaft würde um 0,1 Prozent belebt, so glaubten Sie. 0,1 Prozent ist exakt 1 Promille. Es war also schlicht eine Schnapsidee.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist schon gut!)

Aber wie so oft gilt: In vino veritas. Tatsächlich steckte in diesem Vorschlag ein Fünkchen Wahrheit. Denn würde der Tag der Deutschen Einheit künftig immer sonntags begangen, dann wären die vielen Einheitsansprachen auch erkennbar das, was sie zumeist – nicht alle – sind, nämlich Sonntagsreden und folgenlos.

Übrigens zeigt mir die Anwesenheit im Plenum, wie wir zu diesem Thema stehen. Gestern haben sich nur die Hälfte der jetzt anwesenden Kolleginnen und Kollegen mit dem tatsächlichen Stand der deutschen Einheit und den damit verbundenen nicht gelösten Problemen zu später Stunde in diesem Haus befasst.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Der Alltag sieht ohnehin anders aus als in den Festtagsreden. Nehmen wir nur Hartz IV und das Arbeitslosengeld II. Ossi bekommen per Gesetz weniger als Wessi – und das im Jahre 15 der Einheit. Einen vernünftigen Grund gibt es dafür nicht – außer man hat eine geistige Mauer in den Köpfen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun dachte ich, dieser Schröder/Eichel-Fauxpas sei nicht zu überbieten. Wie gesagt: dachte ich. Aber ich wurde in dieser Woche eines Besseren belehrt. Ausgerechnet ein Sprachrohr des Ostens im gesamtdeutschen Amte kam auf die Idee: Wessi mögen künftig genauso lange arbeiten wie Ossi, damit die Einheit gelinge. So bringt man den Aufbau Ost als Alibi für den Abbau West in Stellung.

Die erneut entflammte Feiertagsdebatte rund um den 3. Oktober zielt aus meiner Sicht ohnehin in die falsche Richtung. Denn wäre die Zahl der Feiertage ein Indikator für Faulheit oder Schwäche, dann müssten Bayern und Baden-Württemberg komplett am Boden liegen. Das tun sie aber offenbar nicht. Deshalb schütteln auch alle Ökonomen, die nicht börsenverpflichtet sind, sondern sozialstaatlich

denken, den Kopf. Denn sie halten die gesamte Kampagne für längere Arbeitszeiten für grundsätzlich daneben.

Die PDS im Bundestag findet das auch. Verlängerte Arbeitszeiten wären gesellschaftlich ein Rückschritt. Mit Blick auf den Binnenmarkt und die Arbeitslosigkeit wären sie sogar kontraproduktiv. Zu Recht sprach der DGB dieser Tage von Voodoo-Ökonomie. Oder um sprachlich im Eingangsbild zu bleiben: Es ist eine Schnapsidee, die wir ganz nüchtern ablehnen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])